

**Erscheinungsweg**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil.  
Die Seite . . . 15 Goldpfennige  
Familienanzeigen 8 Goldpfennige  
b) im Reklameteil.  
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Nachdrucke kann keine Gewähr übernommen werden.

Geriichtsstand für beide Teile ist Calw.



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.  
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Stempelpflicht Nr. 2.

Verantwortliche Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheel.  
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 23

Donnerstag, den 29. Januar 1925.

99. Jahrgang

# Das Programm des Reichsfinanzministers

Berlin, 28. Jan. Die heutige Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde mit einer Etatsrede des Reichsfinanzministers von Schlieben eröffnet. Der Minister zeigte im Einzelnen, wie es nur durch das unter dem Zwang der Not eingeführte System der Konzentrierung der Reichsausgaben in Verbindung mit der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen gelungen sei, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Er würdigte die Klagen der Wirtschaft über zu scharfe steuerliche Eingriffe, machte aber darauf aufmerksam, welche ungeheure Verantwortung die Reichsfinanzverwaltung auf sich läßt, wenn sie es nicht möglich machte, die auf das Existenzminimum zurückgeschraubten Reichsausgaben durch entsprechende Einnahmen zu decken.

Der Minister gab dann einen Ueberblick über die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, aus denen sich Mehreinnahmen von ungefähr 1300 Millionen Mark ergeben, von denen im Reich rund 860 Millionen verbleiben. Zusammen mit den Einnahmen aus der Münzprägung ergäbe sich für das Reich insgesamt eine Mehreinnahme von 1260 Millionen Mark. Nach Bedeckung des sich aus dem Reichshaushaltsplan für 1924 ergebenden Fehlbetrages hat das Reich bis jetzt immer noch einen Reinerlöbsschub von 840 Millionen Mark.

Der Minister gab dann über die Verwendung der Ueberläufe Auskunft und erklärte, daß diesen Verpflichtungen des Reiches gegenüberstehen, deren Höhe die Ueberläufe noch um etwa 140 Millionen Goldmark übersteigen. Das sei zunächst der Rücklauf der Goldanleihe, der jetzt größtenteils beendet sei. Ferner beständen Verpflichtungen aus den Markt-Stützungsaktionen aus Anlaß der gewalttätigen französisch-belgischen Goldwegnahme im besetzten Gebiet, aus der Entwicklung des passiven Handels usw. Der Minister erklärte, daß den Geschädigten durch Wirtschaftsbefreiungen und Darlehen zum Wiederaufbau ihrer Existenz geholfen werden solle.

Soweit die Dinge zur Zeit überblickt werden können, werde das laufende Haushaltsjahr 1924 am 31. März 1925 ohne Defizit abgeschlossen. Es werde höchstens ein Betrag von 200 Millionen Mark verbleiben, der den Vertriebsfonds der Reichsbank zuzurechnen sei. Die Behauptung, daß das Reich in Gold schwimme, entbehre jeder Grundlage.

Das Ergebnis der abgeschlossenen Finanzperiode sei lediglich eine Atempause für die Entwicklung der Reichsfinanzverwaltung und die Möglichkeit des Abtragens der dringendsten Schuldenverbindlichkeiten. Der betrieblige Zustand sei vor allem dem Vorhandensein einer einheitlichen Reichsabgabenverwaltung zu verdanken. Es sei eine außerordentliche Leistung, wenn es unseren Steuer- und Zollbehörden in kürzester Frist gelungen ist, dem Reiche und mit ihm den Ländern und Gemeinden nach Stilllegung der Notpresse die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Wirtschaft erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Finanzminister berührte dann die Beamtenfrage. Er stellte fest, daß die Beamtenschaft als wichtigste Stütze des Staates jederzeit dienstfähig und dienstfreudig erhalten werden müsse. Er kündigte eine zweite Verringerung der Personalabgaben an. Nachdem der Personalabbau mit Ende Dezember v. Js. sein Ende erreicht habe, solle die Anwendbarkeit der Abbauarbeiten weiter beschränkt werden.

In der Aufwertungsfrage bezieht sich der Finanzminister auf die Erklärung der Reichsregierung. Die Aufwertungsfrage dürfe nicht allein in statistischem Sinne behandelt werden. Auch die Förderung sozialer Gerechtigkeit müsse unter Wahrung des Fortbestandes der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden. Die Aufwertung müsse in

dem Leistungsvermögen der Wirtschaft ihre Grenzen finden. Wie sich die Regierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, werde aus dem dem Reichstag zugehenden Gesetzentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls müsse die Lösung für die Wirtschaft endgültig sein. Soweit Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen Anleihen möglich sind, werden an erster Stelle solche Personen oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Ersparnisse oder Mittel zur Verfügung gestellt haben und unter ihnen verdienen wieder die eine Sonderbehandlung, die durch die Entwertung von Kapital und Zinsen in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung sei ferner denen anzuerkennen, die unter dem Zwang der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentlich Anleihen erworben haben. Entschieden Bedenken würden dagegen bestehen, daß an den Vorteilen, die den schwergeschädigten Anleihegebern geboten werden müssen, solche Kreise zum Nachteil der Verlustträger teilnehmen, die in spekulativer Absicht in der Inflationsperiode mit geringen Mitteln große Anleiheposten gekauft haben. Der Finanzminister betonte dann die Einnahmeseite des Etats. Sie sei abhängig von der künftigen Steuererhebung.

Die Steuererhebung würden in den nächsten Tagen dem Reichstag und dann dem Reichstag zugehen. Sie sollen nicht größere Steuerleistungen aus der Wirtschaft herausziehen, sondern die aus der Inflationszeit stammenden übermäßigen Leistungen abbauen und auf den wirtschaftlichen Ertrag der Wirtschaft Rücksicht nehmen. Schwierig sei die Frage der Umsatzsteuer. Eine Senkung würde etwaige Mehreinnahmen aus Verbrauchsabgaben leicht verschlingen. Die Wirkung des Finanzausgleichs sei sehr schwer zu schätzen. Es würde zu prüfen sein, ob nicht im System der Länder und Gemeinden eine Verringerung zu erzielen habe. Der Finanzminister schätzte die öffentliche Steuereinnahme für das kommende Rechnungsjahr und auch für das folgende auf rund 6 Milliarden, von denen aber 2 Milliarden für die Länder und Gemeinden bestimmt sind. Mehr als 4 Milliarden würden also für das Reich nicht zur Verfügung stehen, solange nicht die Wirtschaft einen sehr wesentlichen Aufschwung nimmt, und damit die Erträge automatisch steigen. Aber auch die Reparationsleistungen dürfen nicht vergessen werden.

Die fortwährenden Ausgaben würden in den nächsten 5 Jahren kaum unter 2500 bis 2700 Millionen schwerlich zu halten sein. Neue Ausgaben könnten ständig hinzutreten. Der Gesamtbedarf des Reiches werde mit etwa 4 Milliarden im Jahre 1925 beginnen und bis zum Jahre 1930 auf mindestens 4900 Millionen steigen.

Das sei ein außerordentlich trübes Bild. Ueber die Gesamtsituation zur Entschädigung der Bevölkerung an Rhein und Ruhr werde dem Reichstag bald eine eingehende Denkschrift vorgelegt werden. Wenn jetzt der Wirtschaft des besetzten Gebietes erhebliche Geldsummen zufließen, so sei das nur ein kleiner Erfolg für die Bluteere, die ihr durch die erzwungenen Reparationsleistungen zugefügt worden ist. Reichstagsanträge werden geprüft und in einer Denkschrift behandelt werden.

Der Reichsfinanzminister betonte zum Schluss, daß Deutschland der Gefahr eines neuen finanziellen Zusammenbruchs nur dann entgehen könne, wenn man auf der einen Seite durch baldige Verabschiedung der Steuererträge, ohne die Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft zu gefährden, dem Reiche, den Ländern und Gemeinden das geben, was sie zum unmittelbaren Lebensbedarf benötigen, und sich auf der anderen Seite bei der Beratung der Anträge zum Etat und der sonst gestellten Anträge diejenige Beschränkung auferlege, die zur dauernden finanziellen Gesundung des deutschen Reiches unerlässlich sei.

# Neueste Nachrichten.

Zu Haushaltsausschuss des Reichstages führte Reichsfinanzminister von Schlieben aus, daß die Reichseinnahmen von April bis Dezember 1924 ein Mehr um 1360 Millionen Mark erbracht hätten.

Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, in nächster Zeit irgend ein Garantiepaht-Angebot an Frankreich zu machen.

Die Deutsche Antwortnote an die Völkervereinigung wird in der Pariser Presse zwar freundlich kommentiert, aber nicht als alarmierend bezeichnet.

Der Bericht der Kontroll-Kommission über die Entwaffnung Deutschlands wird nach Blättermeldungen nicht vor dem 10. Februar vorliegen.

Die preussische Krise ist infolge der ablehnenden Haltung des Zentrums gegen den Rechtsblock auf dem toten Punkt angelangt.

Nach einer sozialdemokratischen Rundgebung im Berliner Sportpalast wurden die Teilnehmer von Kommunisten überfallen. Eine erhebliche Anzahl von Reichsbannerleuten wurde dabei verwundet.

Herriot, habe seine Regierung eine Politik des Einvernehmens mit den Verbündeten befolgt. Er schätzte sich glücklich, der Kammer bei dieser Gelegenheit die Versicherung geben zu können, daß die Freundschaft zwischen den beiden großen, sich ergänzenden Völkern Frankreich und England niemals so herzlich und gefestigt gewesen sei, wie im gegenwärtigen Augenblick. Der Redner ging dann ausführlich auf die Frage der Militärkontrolle und der deutschen Verfehlungen ein.

Frankreichs Anwesenheit am Rhein sei die letzte Bürgschaft für seine Sicherheit.

(Lebhafte Beifall auf allen Bänken.) Die französische Forderung auf Verlegung der Grenzen Frankreichs an den Rhein und Neutralisierung des rechten Rheinufers wurde von den Vertretern Großbritanniens und der Vereinten Staaten nur gegen das Versprechen eines militärischen Garantiepaktes abgelehnt. Herriot kommt zu der Feststellung, daß die Rheinlandbesetzung mit der Frage des Garantiepaktes verknüpft sei. Weiter beschäftigte er sich mit der letzten deutschen Note und versuchte die Behauptung Deutschlands zu widerlegen, daß es abgerüstet habe. Der berüchtigte große Generalstab sei neu gebildet und verschiedene Jahrgänge seien im Geheimen ausgebildet worden.

Im weiteren Verlauf seiner Kammerrede verlas Herriot einen Artikel eines sozialistischen Blattes über die militärische Ausbildung der deutschen Hochschulfugend.

Auf die Polizeibestände eingehend, betonte er, die Verbündeten hätten 1920 auf der Konferenz in Boulogne den großen Fehler begangen, Deutschland die Möglichkeit der Erhöhung der Polizeimannschaften von 90 000 auf 150 000 zu gestatten. Dieser große taktische Fehler der Alliierten sei der Hauptgrund der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Was die Frage des deutschen Rüstungsmaterials angehe, so müsse man annehmen, daß Deutschland noch über große Waffenlager verfüge, da es sich hartnäckig weigere, eine Aufstellung über sein Rüstungsmaterial auszuhandeln. Deutschland verstoße damit gegen die Artikel 88 und 89 des Versailler Vertrages, die bestimmten, daß Deutschland innerhalb von zwei Monaten sein Kriegsmaterial zerstören müsse. Besonders schwere Verstöße seien in den Kruppischen Werken festgestellt worden.

Frankreich könne nicht in Frieden leben, solange es Waffengeräth aus Deutschland vernehme.

Zum Schluss gab Herriot ungewiss, daß eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nicht möglich sei, solange der idealen französischen Demokratie (?) eine Demokratie gegenüberstehe, die tatsächlich eine Oligarchie darstelle. (!)

# Kleine politische Nachrichten.

Keine Zollkontrolle in Bindaun.

Seit einigen Tagen fällt es auf, daß bei der Ausreise nach Oesterreich und der Schweiz die Zollkontrolle in Bindaun nicht mehr stattfindet. Dies entspricht einem oberbehördlichen Erlaß, wonach die Ausfuhr deutscher Waren im Reiseverkehr gestattet ist. Es findet also nur mehr die Passkontrolle statt. Sofern einzuholzpflanzliche Waren mitgenommen werden, sind sie bei den Eingangsstellen in Oesterreich bzw. der Schweiz zu verzollen. Damit ist der Vorkriegszustand wieder herbeigeführt.

# Herriot über Frankreichs Außenpolitik.

Paris, 28. Jan. Herriot gab heute nachmittags in der Kammer eine umfassende Darstellung der Außenpolitik seines Kabinetts und behandelte dabei die Fragen des Genfer Protokolls, der interalliierten Schulden, der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland und wandte sich dann der Räumung der Kölner Zone zu.

Das Genfer Protokoll bedeute keine Bedrohung der französischen Sicherheit.

Frankreich habe es zuerst unterzeichnet und erwarte, daß es nun auch von den anderen Nationen ratifiziert werde. Briand machte die Zwischenbemerkung, daß er die Unterzeichnung des Protokolls als die größte Tat seiner politischen Laufbahn ansehen werde. Frankreich dürfe sich wegen seiner Sicherheit nicht vom Völkerbund abwenden, denn der endgültige Friede könne nur durch die Internationale der Nationen erzielt werden. Man müsse zwischen dieser Internationale oder der anderen wählen. (Lebh. Beifall auf der Linken.) Selbstverständlich trete das Protokoll erst dann in Kraft, wenn über die Abrüstung eine grundsätzliche Verständigung zustande gekommen sei. Ueber die Haltung, die Frankreich in Genf Deutschland gegenüber eingenommen habe, seien vielfach falsche Angaben verbreitet.

Die französische Regierung betonte von Neuem, daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund wünschenswert sei.

unter der Voraussetzung, daß man sie nicht an irgendwelche Anachronismen oder Vorbehalte knüpfe. Herriot

wies darauf hin, daß Frankreich besonders in der Frage der Kontrollkommission einen durchschlagenden Erfolg erzielt habe. Der Präsident der Kontrollkommission für Deutschland werde ein Franzose sein, der bereits von der Regierung ernannt sei. Zu der Frage der interalliierten Schulden erklärte Herriot, er werde sich aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern große Zurückhaltung auferlegen. Erneut müsse er die Erklärungen Vivianis, Poincares und Briands bestätigen, daß Frankreich seine Schulden anerkenne. (Beifall.) Die französische Regierung habe das Recht, an die Solidarität der Verbündeten und Freunde Frankreichs zu appellieren. Selbst vom rein geschäftlichen Standpunkte aus müßten die Gläubiger Frankreichs die ungeheuren Schwierigkeiten einsehen, die eintreten würden, wenn Frankreich seine ganzen Schulden bezahlen müßte.

Was Rußland angehe, so wolle die französische Regierung kein Urteil über die innere Politik der Sowjets fällen. Aber Rußland dürfe nicht länger aus der europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen bleiben. Dieser Erkenntnis hätten sich weder Großbritannien noch Italien und andere Staaten verschlossen. Die Beschuldigungen, die französische Regierung befolge eine Politik der Einkreisung gegenüber Sowjetrußland, sei mit Unrecht erhoben worden. Andererseits aber werde Frankreich keine Einmischung in seine innere Politik dulden. Das müsse sich auch Sinowjew gefügt sein lassen. (Lebhafte Beifall aus den meisten Bänken.) In der Frage der Räumung des Kölner Gebiets laute



## Frankreich u. die deutsche Industrie.

Berlin, 27. Januar. Die französische Presse hat in sehr sensationeller Form ein Geheimabkommen veröffentlicht, das die deutsche eisenerzeugende Schwerindustrie mit der eisenerzeugenden Industrie Ende des vergangenen Jahres abgeschlossen hat. Die Sensation entspricht zwar nicht ganz dem Aufwand an sittlicher Entrüstung, den die französische Presse mit ihr betreibt. Ein Teil des Abkommens wurde nämlich schon vor längerer Zeit erörtert. Was die deutschen Industriellen wollten, ist ganz klar. Sie sahen den französischen Willen, einen Keil zwischen sie zu treiben, weil ihre Interessen auseinandergehen, und haben sich dagegen gewehrt, indem sie eine gemeinsame Grundlage suchen, übrigens nicht gegen die amtliche deutsche Vertretung — wie in einzelnen linksstehenden Blättern behauptet wird —, sondern in ihrem vollen Einvernehmen. Das ist auch ganz klar. Die deutsche eisenerzeugende Industrie, die ja ihren Hauptabfabrik in Württemberg und Bayern hat, hatte an und für sich natürlich das Bedürfnis, Erze aus Lothringen und anderen Teilen Frankreichs billig zu bekommen. Aber — und hier liegen ihre Interessen mit denen der Schwerindustrie zusammen — nur auf kurze Sicht betrachtet, konnte sie sich von dem rheinisch-westfälischen Revier trennen. Auf weite Sicht hingegen mußte sie sich sagen, daß sie mit der Abnahme der Rohprodukte noch lange keine Bürgschaft hatte, ihre Erzeugnisse auch unterzubringen. Deshalb fanden die Verhandlungen mit den Franzosen statt, um in dieser Richtung eine Gemeinschaft herzustellen, den deutschen Waren auch in Frankreich Absatz zu schaffen. Im Grunde genommen war das ganze ein Entgegenkommen Deutschlands, denn man erkannte durchaus, daß Frankreich einen Uberschuß an Erzen besitzt, mit dem es allein nicht viel anzufangen weiß. Statt diese Tatsache zu erkennen, versuchen nun die Franzosen, den deutschen Industriellen aus ihren Vereinbarungen einen Strick zu drehen. Das ganze allerdings dürfte kaum den Gang der Besprechungen, der ja in Paris jetzt wieder einsetzt, sonderlich beeinflussen können. Was die deutsche Regierung von den Franzosen verlangt, bleibt immer das gleiche: Volle Weisbegünstigung, wobei wir uns mit einer kurzen Uebergangszeit einverstanden erklären können. Aber das Protokoll vom 12. Oktober muß die Grundlage all dieser Besprechungen sein, während der Handelsminister Rainaldy bekanntlich diese Basis preisgegeben hat.

Wir wollen uns nicht in Prophezeiungen einlassen, sondern ruhig abwarten, wie sich das Weitere entwickelt. Wenn die Franzosen glauben im Recht zu sein, so braucht man sie nur auf die eine Tatsache aufmerksam zu machen, daß sie mit ihren Verhandlungen bei keinem Staate zu einem Ergebnis kommen, weil ihnen ihre Gesetzgebung im Wege steht, während Deutschland eine Reihe von Abkommen bereits abgeschlossen hat. Soviel wir wissen, stehen auch die Verhandlungen mit Belgien durchaus nicht ungünstig. Die Belgier wollen die Weisbegünstigung sehr einschränken, während Deutschland sie von beiden Seiten restlos gegeben wissen will. Ueber diesen grundsätzlichen Punkt hat man zunächst die Auseinandersetzung vertagt und sich erst mit der praktischen Erörterung der Einzelheiten beschäftigt. Dabei hat sich ein verhältnismäßig weites Einvernehmen ergeben. Von beiden Seiten wurden Zugeständnisse gemacht und wir glauben, daß nach einer Uebergangszeit, die nicht allzulange sein dürfte, doch zu einem endgültigen Vertrage geschritten werden kann. Selbstverständlich unter der Voraussetzung der Weisbegünstigung.

Die deutsche Regierung ist ja auch in einer etwas unangenehmen Lage dadurch, daß sie ihre Zolltarife jetzt schaffen muß. Wir sprechen ausdrücklich von der Mehrzahl, weil, soviel wir wissen, mehrere Tarife mit Höchst- und Mindestsätzen unvermeidlich sein werden. Deutschland muß gerade in seiner gegenwärtigen Lage die Möglichkeit besitzen, unter den Tarif hinunterzugehen, wenn es Staaten besonders entgegenkommen will und ihn sehr stark heraufziehen, wenn es sich zu einem Zollkrieg gezwungen sehen sollte. Während man ursprünglich mit dem Gedanken spielte, auf dem Verordnungswege die Frage zu regeln, wird man jetzt unter allen Umständen gesetzliche Grundlagen schaffen. Wir begrüßen das, denn an den Verordnungen haben wir allmählich genug. Diese Verordnungen sind zwar ein Nothbehelf, aber kein guter. Das konnten wir erst jetzt erleben, als der Finanzgerichtshof in München gegen die Verordnung vom 4. November entschied, während das bayerische Oberlandesgericht und das Kammergericht in Berlin die Verordnung anerkannt hat. Wenn auch der Finanzgerichtshof nicht höchste Instanz ist und seine Entscheidungen auf dem Wege der ordentlichen Gerichte angefochten werden können, so zeigt doch dieser Vorfall, daß man in Deutschland Verordnungen möglichst vermeiden soll.

Das Wichtigste aus den politischen Ereignissen ist die gestrige Note der Alliierten, die sich einzig darauf beruft, daß die Räumung der Kölner Zone nach 5 und der Koblenzer nach 10 Jahren eine Begünstigung ist, die man Deutschland nur zugestehen kann, wenn es alle Bedingungen des Vertrages erfüllt hat. Einmal sind alle Bedingungen erfüllt, denn wir können in den kleinsten Vorfällen beim besten Willen nichts Schwerwiegendes sehen, sodann bestreiten wir mit aller Entschiedenheit die Richtigkeit der angeführten Auslegung. Die Reichsregierung hat — und darin findet sie unseren vollen Beifall — um die Verschleppungstaktik der Gegner zu durchkreuzen, ihre Antwortnote sofort abgefaßt. Sie wird noch heute in Paris, London und Brüssel übergeben werden und wir nehmen an, daß sie morgen dem deutschen Volke zur Kenntnis gebracht wird.

Und noch auf eines müssen wir in diesem Zusammenhang zu sprechen kommen. Das ist die gestrige Kammerdebatte in Paris. Herriot war ja in einer gewissen Zwangslage und man soll daher nicht jedes Wort auf die Waagschale legen, das er seinen innerpolitischen Gegnern entgegengehalten hat. So etwa das über die 50 000 Mann Polizei, die Deutschland von Briand über den ursprünglichen Bestand seinerzeit zugestanden wurden. Wenn er sich aber wieder auf die 20 000 Gewehrläufe bei Krupp beruft, so scheint uns das doch etwas aus dem Rahmen herauszufallen. Zu dieser Frage ist von amtlicher deutscher Seite längt das Nötige gesagt worden. Sehr interessant

war eine Bemerkung des französischen Winterpräsidenten, als er es ablehnte, Dokumente über den Ursprung oder die Vorgeschichte des Krieges zu erörtern, um die Gelegenheit zu Interpellationen zu vermeiden, die seinen Vorgängern schaden könnten. Deutlicher konnte er nicht auf Herrn Poincaré und dessen kriegerisches Treiben hinweisen. Wir unterstreichen jedenfalls diese Ausführungen mit aller Bestimmtheit. Sie sind diplomatisch das, was wir etwas gröber auszuspochen pflegen, wenn wir Poincaré als den Anstifter des Weltbrandes bezeichnen. Die Angriffe Fabris auf Gehler und Seeadt lassen uns kalt. Beide Männer haben nur ihre Pflicht getan und das deutsche Volk dankt ihnen das. Verdächtigungen reichen an sie nicht heran.

## Trozkis Glück und Ende.

Gerade wenn Meldungen sensationellen Charakters aus Rußland zu uns herüberkommen, empfinden wir so recht, wie wenig wir im Grunde von den Kämpfen in Moskau und den Verhältnissen in der Sowjetrepublik wissen. Rußland ist mehr denn je ein für uns unbekanntes Gebiet, über das ein dichter Schleier gebreitet ist. Wohl bringt die deutsche Presse zahlreiche Artikel und Männer, die in Rußland gewesen sind, äußern sich öffentlich, aber ihre Ausführungen widersprechen einander. Es geht uns nicht allein so, sondern im Grunde allen Bülkern der Erde. Man braucht nur die englische Presse zu verfolgen, deren Kommentare zu dem Sturz Trozkis in keine Uebereinstimmung zu bringen waren. Nicht nur zwischen den Parteien, was sich ja mit der verschiedenen Einstellung zwanglos erklären ließe, sondern auch innerhalb derselben Richtung, sagte man dieses Ereignis verschieden auf. Nicht einmal darüber war man sich einig, ob das Ausscheiden dieser Persönlichkeit aus der russischen Politik folgenswer sein würde oder nicht.

Deshalb ist es so unendlich schwer, zu den Vorgängen Stellung zu nehmen und den einzelnen Persönlichkeiten gerecht zu werden. Trotzdem empfinden wir, daß es sich hier um Dinge handelt, die für uns im Laufe der Entwicklung außerordentlich wichtig werden können. Wenn wir auch übertriebenen Hoffnungen auf Rußland, die uns eine Zeit lang stark beherrschten und sogar auf unsere Politik abfärbten, — wir erinnern nur an den Rapallovertrag, — inzwischen begraben haben, wissen wir doch, daß früher oder später Rußland wieder in den Vordergrund treten und dann auf seine Größe, mehr aber noch dank seiner gewaltigen Bodenschätze eine entscheidende Rolle spielen wird. Es hängt letzten Endes für die verschiedensten Probleme alles von der Entwicklung in dem einflügeligen Jarenreiche ab. Fügt sich Rußland wieder in die Weltwirtschaft ein, so wird es auch zum ausschlaggebenden Faktor. Ohne seine Hilfsmittel ist Europa dem amerikanischen Wirtschaftswillen unterworfen; stehen jedoch der alten Welt die Quellen im Moskower Reich zur Verfügung, so würde sich allmählich eine gewisse Unabhängigkeit ergeben. Ebenso würde ein nach Europa gewandtes Rußland — augenblicklich richtet es sich mit seiner ganzen Kraft nach Asien — die Machtverhältnisse auf dem Kontinent von Grund auf ändern.

In diesem Zusammenhang muß der Sturz Trozkis hineingestellt werden. Er war zweifellos die bedeutendste Persönlichkeit neben dem lebenden Lenin, wenn er sich auch dessen alles beschattenden Ansehen beugen mußte, und er ist nach seinem Tode die stärkste Potenz gewesen. Seine politischen Auffassungen darzulegen, ist fast unmöglich. Die innerpolitische Auseinandersetzung in Rußland ist für die westeuropäischen Gedankengänge vollkommen unverständlich. Es geht um Jaarpattereien, um Nuancierungen, die wir gar nicht unterscheiden können. Uns ist die Welt des Bolschewismus so fremd, daß wir sie als eine Einheit empfinden. Trozki war das Entsetzliche der Bewegung. Sein starkes Temperament durchbrach immer wieder die Grenzen des Dogmas. Schon zu Zeiten Lenins, dem es freilich gelang, ihn dann auf eine gemeinsame Linie zurückzuführen. Entbehren konnte er ihn nicht. Trozki hat die russische Armee neu geschaffen und damit auch ein Instrument in der Hand gehabt, das die Achtung einflößte. Ein sonderbarer Zufall, daß dieser militärische Reorganisator ein Jude ist. Der Antisemitismus hat sicher gegen ihn gewirkt, man sagt besonders Tschitscherin eine solche Gegnerschaft zu, aber entscheidend für seine Niederlage ist das nicht gewesen, denn auch seine siegreichen Feinde sind zumeist Juden.

Trozki war in seiner Stellung längst erschüttert. Gerade ein lebhaftes Temperament ließ die Macht zerbröckeln, auf die er sich stützte. Er war eigenwillig und wahrhaftig oft auch für seine Anhänger ein Rätsel. Dazu kam, daß große Persönlichkeiten nie beliebt sind. Sie haben Anhang, solange sie an der Macht sind; das entspricht der menschlichen Natur, die gern mit den stärksten Bataillonen geht; aber er brachte in seine eigenen Reihen eine Unsicherheit, die sich rächen mußte. In dem Augenblick aber, wo ihm die Fäden sichtbar entglitten, stand er allein. Diese Freundschaften haben eben keinen Wert an sich. Und nun kommt die Tragik des Mannes. Er war nicht stolz genug, seinen Gegnern die Fehde anzufügen oder sich in die Einflamkeit zurückzuziehen, sondern er versuchte es, sich durch Unterwürfigkeit zu behaupten. Noch einmal stellte er sich der Parteileitung vorbehaltlos zur Verfügung. Genügt hat ihm das in keiner Hinsicht. Wir dürfen annehmen, die genaue Kenntnis der Vorgänge fehlt uns ja leider, daß das viele Anhänger von ihm abgestoßen hat. Die Parteidoktrinäre aber erhielten dadurch erst recht Oberwasser. Sie waren klug genug, diese Unterwerfung zurückzuweisen, die ja sicher nur eine scheinbare gewesen wäre, und ihn für immer aus der Macht zu verdrängen. Ein Rebergericht wurde eingeleitet. Das ist bei den Parteien der sogenannten Freiheit üblich. Unsere Kommunisten gebärden sich rasend, wenn man sie irgendwie zügeln will, aber sagen selbst ganz offen, daß sie, zur Herrschaft gelangt, noch ganz anders scholten und walten würden. Zu Ehren Moskaus schrecken sie vor nichts zurück. Wir kennen ja das gleiche aus der französischen Revolution, in der die Männer der Freiheit den Schreden verbreiteten, bis sie selbst ein Opfer dieses Schredens wurden. Danton, Marat, St. Just und Robespierre sind keine Einzelercheinungen sondern Typen, und eine spätere Geschichtsschreibung, die klarer die Moskauer Vorgänge übersieht, wird ganz sicher hier Parallelen ziehen.

Die Sieger im Kampf gegen Trozki sind Kamenew, geistig wohl der bedeutendste von ihnen, Stalin und Sinowjew, der in Europa am bekanntesten ist, weil

alle kommunistischen Bestrebungen, Brandherde für die Weltrevolution zu schaffen, sein Siegel und seine Unterschrift tragen. Wir brauchen nur an seinen umfrittenen Brief an die englischen Kommunisten oder an sein Eingreifen in die deutschen Verhältnisse zu erinnern. Daß Kamenew mit Trozki verwandt ist, hat dem Unterlegenen sicher nur noch geschadet. Verwandtschaft ist das Schlimmste. Es steht also ein Triumvirat da, das wesentlich radikaler als Trozki ist. Jede Prophezeiung darüber, was sich jetzt abspielen wird, ist gewagt. Wir wissen nicht, ob der Anhang des Besiegten sich aufbäumen wird, ob er überhaupt dazu die Kraft hat oder ob das Triumvirat seine Stellung zunächst als gesichert betrachten kann. Aber eines läßt sich schon jetzt mit Sicherheit sagen: In sich ist es brüchig. Darüber liegen bereits einwandfreie Meldungen vor. Gegen Sinowjew ist eine Untersuchung im Gange wegen entarteten Lebenswandels. Wer denkt da nicht an Danton, obwohl es zweifellos Unrecht ist, diesen französischen Bohemien von Geist und Witz, von einer überlegenen Weltanschauung, mit dem russischen Revolutionär zu vergleichen, der wirklich nichts Sympathisches an sich hat.

Kamenew hat erklärt, und das klingt durchaus glaubhaft, daß die Untersuchung einstweilen zurückgestellt werden müsse, da man mit der Angelegenheit Trozki genügend zu tun habe. Das ist deshalb überzeugend, weil Trozki noch eine höchste Instanz anrufen kann. Sie wird zweifellos gegen ihn entscheiden, aber ebenso zweifellos die volle Aufmerksamkeit der Radikalen in Anspruch nehmen. Denn Trozki ist ein glänzender Redner, der ihnen in den Verhandlungen manche Schwierigkeiten bereiten wird. Doch das ist nur ein Zeitausschub. Auf die Dauer läßt sich das Verfahren gegen Sinowjew nicht verhindern. Kein psychologisch wird man sogar annehmen müssen, daß die beiden andern Triumviraten mit der Abjagung des Partners ganz einverstanden sind. Die Hälfte der Macht ist mehr als ein Drittel. Das wissen wir aus Rom, wo sich die gleichen Vorgänge mehrmals abgespielt haben. Wahrscheinlich aber fühlen sie sich vorläufig noch nicht stark genug, um zu diesem neuen Schlage auszuholen. Eine andere Frage taucht auf: Wird die Zerlegung dann nicht weitergehen? Man sollte es annehmen, wenn man sich auch angesichts des ungenügenden Nachrichtenmaterials äußerster Vorsicht im Urteil auferlegen muß. Wir wollen hier auch nur Möglichkeiten andeuten, ohne sie als Wahrscheinlichkeiten zu bezeichnen. Wir wissen ja noch nicht einmal, wer Trozkis endgültiger Nachfolger in der Leitung der Armee wird. Man nennt u. a. den General Budjenni, der freilich herzlich unbedeutend ist, auch als Heerführer. Er hat im Kampf gegen Polen versagt. Aber gerade das würde für ihn im Sinne Kamenews sprechen.

## Aus der Grundschule in die höhere Schule.

Durch eine Verfügung des Württ. Kultusministeriums wird der Uebergang aus der Grundschule in die höheren Schulen des Landes in eingehender Weise geregelt. Es ist u. a. bestimmt worden:

„Die Aufnahme eines Kindes in die unterste Klasse einer höheren Schule hat zur Voraussetzung, daß es die Grundschulpflicht erfüllt und in der Regel das 13. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Ueber den Uebertritt aus der Grundschule in eine höhere Schule entscheidet einerseits der Entschluß der Erziehungsberechtigten, andererseits die geistige und sittliche Eignung der Kinder. Die für eine weiterführende Schule bestimmten Kinder müssen ordnungsgemäß bei der aufnehmenden Schule angemeldet werden und eine Aufnahmeprüfung ablegen. Die Volksschule übergibt der aufnehmenden Schule rechtzeitig vor der Aufnahmeprüfung für jedes einzelne Kind die Klassenzeugnisse, die den neuesten Stand seiner Kenntnisse dartun müssen, sowie ein schriftliches Gutachten seines Klassenlehrers über Grad und Eigenart seiner Begabung, insbesondere über seine Auffassungsgabe, seine Fähigkeit, verschiedene Gedankenreihen zu verknüpfen, seine Urteils- und Gedächtniskraft, und, soweit dies als nötig erscheint, über besonders hervortretende körperliche und seelische Eigenschaften. Falls die Prüfung schon einmal ohne Erfolg abgelegt wurde, ist dies in dem Anmeldezeugnis zu vermerken. An der Aufnahmeprüfung in die höhere Schule haben sich alle angemeldeten und zugelassenen Kinder zu beteiligen. Die Prüfung hat den Zweck, festzustellen, ob die Kinder zu der Erwartung berechtigen, daß sie den Anforderungen der höheren Schulen gewachsen sind. Die Prüfung soll mehr die Fähigkeiten und das erreichte Können, als die auf dem gedächtnismäßigen Wege erworbenen Kenntnisse ermitteln.“

Im Anschluß daran werden die Eltern der Grundschüler auf folgende Bestimmung in dem Schulgelehrten des Württ. Kultmin. v. 15. April 1924 aufmerksam gemacht, wonach es auch bedürftigen Schülern möglich gemacht ist, eine höhere Schule zu besuchen:

„Bedürftigen Schülern der Volksschule, die die vier unteren Klassen der Volksschule besucht haben, kann im Fall ihrer Aufnahme in eine höhere Schule Aussicht auf eine dauernde Freistelle eröffnet werden, wenn sie nach Unterrichtsleistung, Fleiß und Betragen von den Lehrern als besonders befähigt für den Besuch einer höheren Schule empfohlen werden.“

Diese Bestimmung ist ganz besonders zu begrüßen, weil damit auch solchen Eltern, denen heute die Aufbringung des Schulgeldes schwer fallen würde, die Möglichkeit geboten ist, ihre Kinder in eine höhere Schule zu schicken. Grundätzlich ist damit jedem begabten Grundschüler, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Elternhauses, der Zugang zu allen Berufsarten eröffnet.

Auch für die Anschaffung der nötigen Lernmittel (Bücher, Atlanten, Hefte, Reifzeuge usw.) ist Sorge getragen; die an allen höheren Schulen heute eingerichtete Schülerwohlfahrtspflege stellt allen bedürftigen und fleißigen Schülern die Lernmittel unentgeltlich zur Verfügung.



# Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

**Berliner Briefkurse.**  
 1 holländischer Gulden 1696,1 Ma.  
 1 französischer Franken 228,2 Ma.  
 1 schweizer Franken 811,8 Ma.

## Viehmarkt.

(S.C.B.) Pforzheim, 27. Jan. Auf dem Schlachtviehmarkt wurden notiert: Ochsen 1. 46-48, Rinder 1. 48-52, Ochsen und Rinder 2. 38-42, Kühe 25-42, Färren 40 bis 48, Schweine 75-78 Mark pro Zentner.

(S.C.B.) Riedlingen, 27. Jan. Zufuhr: 301 Pferde, 32 Ochsen, 152 Kühe, 105 Kalbeln, 200 Junggrinder und Kälber, 6 Mutterschweine, 410 Milchschweine. Preise: Pferde 200-1800, Ochsen 500-550, Kühe 280-350, Kalbeln 400 bis 600, Junggrinder und Kälber 120-250, Mutterschweine 220-260, Milchschweine 25-30 M je das Stück. Der Handel war sehr reger.

(S.C.B.) Ulm, 27. Jan. Zufuhr: 8 Ochsen, 15 Färren, 22 Kühe, 11 Rinder, 146 Kälber und 129 Schweine. Erlös für Ochsen 1. 38-42, Färren 40-42, 2. 34-38, Rinder 1. 38-44, 2. 30-36, Kühe 2. 18-22, 3. 12-16, Kälber 1. 60-64, 2. 54-58, Schweine 1. 66-70, 2. 60-64 M je der Zentner.

## Pferdemarkt.

(S.C.B.) Leonberg, 27. Jan. Außer den Pferdeprämierungen findet mit dem Pferdemarkt am 10. Februar auch eine Bezirks-Geflügel-Ausstellung in der Turnhalle statt. Ferner ist mit dem Pferdemarkt ein Hundemarkt vor der Bürgerischen Hundezüchterei in der Bahnhofstraße verbunden.

(S.C.B.) Ulm, 28. Jan. Zutrieb rund 600 Pferde. Jüngere kosteten 1500-2000 Mark, mittlere 1000-1500, ältere 400-700, 2 jährige Fohlen 700-900, 1 jährige 400-600, Schlachtpferde 50-150 Mark.

## Schweinepreise.

In Buchau kosteten Milchschweine 25-30, Käufer 60 bis 75 Mark, in Lettnara Ferkel 24-30, Käufer 38, in Kirchheim u. T. Milchschweine 18-38, Käufer 50 bis 120 Mark, in Nördlingen Saugschweine 22-35, Käufer 40-60 Mark, je das Stück.

## Fruchtpreise.

In Ebingen kostete Weizen 14, Gerste 14,4, Haber 9,80-10 Mark, in Nördlingen Weizen 12,50-14,20, Gerste 16-16,50, Hafer 9-10, Wicken 8,50-11, Bohnen 11,50-12, Lein 20-23, Erbsen 11-13 Mark, je der Ztr.

## Solzpreise.

Das Forstamt Pfalzgrafenweiler erzielte für Nadelholzstangen bei einem Gesamt-ausbot von 7051 Mark einen Gesamterlös von 10 880 Mark, was einem Durchschnittserlös von 154 Proz. der Landesarundpreise entspricht. In Böhmenkirch kostete Tannenholz 7-9 Mark, buchene Prügel 15-18 Mark, buchene Scheiter 17 bis 20 Mark pro Raummeter. Bei der Kuchholzpersteigerung erzielten die Gemeinden Böhmenkirch und Weiskenstein 150-170 Proz. des Anschlags.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Vieh- und Viehhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

# Eingefandt.

Für die unter dieser Rubrik getragenen Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

## Erweiterung von Kassenzelle auf das Eingefandt Bad Liebenzell, 19. Januar.

Norweg ist zu sagen, daß eine Ansicht, wie sie von dem Artitektenschreiber vertreten wird, als rückständig und einseitig bezeichnet werden muß. Es ist ihm offenbar nicht möglich, zu ergründen, warum bis heute 4 Krankentassen in Liebenzell Erholungsheime erworben haben. Hier kann ihm von unserer Seite etwas nachgeholfen werden. Für alle Krankentassen, die sich in Liebenzell niedergelassen haben und sich in Zukunft dort niederlassen werden, war bzw. ist doch der Umstand ausschlaggebend, daß in Liebenzell größere Hotels und Pensionen, die sich als Kassen-erholungsheime sehr gut eignen, seit Jahren den Krankentassen zum Kauf angeboten werden. Der Drang, ausgerechnet in Liebenzell Erholungsheime zu kaufen, geht also absolut nicht von den Kassen, sondern von einzelnen Pensionen- oder Hotelbesitzern Liebenzells aus. Wahrscheinlich sind dem Einleider auch die Gründe, die die Pensionen in dem Kurort Liebenzell zum Verkauf ihrer Anwesenheiten veranlassen, wohl am besten bekannt. Wenn nun das Ragoldtal und speziell Liebenzell infolge seiner Lage und schönen Umgebung für allgemeine Erholungsheime nachgewiesenermaßen sehr geeignet ist, so kann der gute Rat an die Krankentassen, sich an noch kleineren Plätzen anzusiedeln, mit gutem Gewissen nicht befolgt werden. Man hat unwillkürlich den Eindruck, daß der Artitektenschreiber sehr wenig übrig hat für die arbeitende Bevölkerung, für die offenbar nach seiner Ansicht auch das schlechteste gut genug ist. Er muß doch auch wissen, daß die Krankentassen die heiligste Aufgabe haben, die Gesundheit ihrer unter der heutigen Last der Arbeit zusammengebrochenen Kassenmitglieder oder Patienten nach mitgemachter Operation usw. mit allen Mitteln wieder herzustellen und sie ihrer Arbeit in dem großen Räderwerk wieder anzuführen. Als eines der besten Mittel für solche Patienten gilt aber erfahrungsgemäß eine Erholungsstätte im Schwarzwald. Wir sind von jeher der Ansicht, daß die Allgemeinheit an solchen gemeinnützigen Einrichtungen, wie es die Kassen-erholungsheime sind, viel mehr interessiert ist, als an den kapitalträchtigen Kurorten des Einleiders. Daß durch 100 bis 120 Betten, die den Kassenheimen heute zur Verfügung stehen und die zu einem großen Teil erst von den Kassen geschaffen wurden, ein blühender Kurort gänzlich ruiniert und seine Bewohner der Armut preisgegeben werden, glaubt wohl kein vernünftig denkender Mensch. Eine solche Behauptung muß als eine maßlose Uebertreibung angesehen werden. Auch die Kassenpatienten bringen es nicht fertig, von der guten Schwarzwaldluft allein zu leben, es ist vielmehr Tatsache, daß in den Kassen-erholungsheimen ganz bedeutende Mengen von Lebensmitteln, die zum aller größten Teil bei den Geschäftsleuten in Liebenzell eingekauft, verzehrt werden. Wo also eine Schädigung des Geschäftslebens oder sogar ein Ausfall von Steuern durch die Kassen-erholungsheime zu sehen ist, ist uns vollständig unklar. Zum Schluß sei dem Artitektenschreiber zu seiner Verhöhnung noch verraten, daß die Krankentassen nach § 364 R.W.O. gesetzlich verpflichtet sind, an Stelle ihres durch die Inflation entwerteten Vermögens eine Rücklage in beträchtlicher Höhe wieder anzukummeln, und daß die Kassen, die in den letzten Jahren etwas gelernt haben, den Erwerb von Sachwerten die gleichzeitig den Vorteil haben, zum Wohle der Kassenmitglieder verwendet zu werden vor der Anlage ihrer Gelder in Wertpapieren vorziehen, sollte auch für den Einleider klar sein. —er.

## Brief aus Bad Teinach.

Der Brief aus Liebenzell in Nr. 16 Ihres Blattes hat hier ein starkes Echo gefunden. Noch mehr wie Liebenzell wird Teinach als Badeplatz und Erholungsstätte für die Allgemeinheit zurückgedrängt, ja es hat sogar schon seinen Charakter als Badeplatz verloren. Ueber die herrliche Lage von Bad Teinach und über dessen weltberühmte vier

Heilquellen, welche vielen Erholungsuchenden Linderung und Heilung gebracht haben, brauchen wir heute nicht einzugehen, auch nicht auf die ganz hervorragende Güte des Teinacher Wassers; nein, es gilt heute, Bad Teinach zu retten. Wenn im Jahre 1921 das Hotel zum kühlen Brunnen in ein Erholungsheim der Ehlinger Krankentasse umgewandelt wurde und dadurch der Allgemeinheit und der Gemeinde als ganze Steuerkraft verloren ging, so war dies noch zu verschmerzen. Nachdem aber das Herz von Teinach, das „Badhotel“, durch die von der neuen Eigentümerin, der Ueberlinger und Teinacher Mineralquellen A.G., kurzfristigerweise erfolgten Verpachtung nur einem ganz besonderen Personenkreis zugänglich ist, hat das eigentliche Baderleben und damit der Lebensernst von Teinach aufgehört. Wer in Bad Teinach im Sommer 1924 seine Augen offen hatte und sah, wie kläglich der Baderbetrieb und das übrige Saisonleben im Vergleich zu früheren Jahren war, dem mußte unwillkürlich das Sterben eines in Ehren grau gewordenen einzia schönen Schwarzwaldbades ins tiefste Innere gegangen sein und der mußte mit Sorge erfüllt sein, wenn er daran dachte, was alles verloren war und was aus Teinach eigentlich in der Zukunft werden soll.

Schon im vorigen Jahr, gleich nach Bekanntwerden der Verpachtungsabsichten seitens der neuen Aktiengesellschaft, haben Gemeindevertreter und Abgeordnete von Vereinen in einer Eingabe auf die Gefahren, welche Teinach drohen, aufmerksam gemacht. Obwohl diese Eingabe den zuständigen Behörden und den übrigen Verwaltungsstellen überreicht wurde, vernahm man bis heute nichts über die Maßnahmen dieser Stellen; es wäre daher sehr bedauerlich, wenn dieser Notruf den sonstigen Kanakleim genommen hätte. Tatsache ist heute, daß Teinach durch den Uebergang des Badhotels in ein Erholungsheim als Bader- und Kurort ausgeschaltet ist, das Geschäftsleben hat bereits den Todesstoß empfangen. Sogar das Bäcker- und Metzgergewerbe dürfte aus Mangel der Kaufkraft der auf die Fremdenindustrie angewiesenen Einwohnerschaft empfindlich getroffen sein.

Selbstverständlich soll den Kassen nicht verwehrt sein, für ihre Mitglieder an geeigneten Plätzen Erholungsheime zu errichten oder zu pachten, aber sie sollen ihren Zweck an denjenigen Orten zu erreichen suchen, wo nicht eine ganze Volksschicht damit zu Grunde gerichtet wird. Es gibt noch viele gesunde und schöne Plätze, wo Kassenmitglieder Erholung finden können und wo sie sicherlich auch willkommen sind. Auch im Interesse einer Auslebung der Bautätigkeit die hier so notwendig wie anderwärts ist, wäre es erforderlich, daß die seit Jahresfrist bestehenden Verhältnisse von Grund auf geändert würden, denn es wird wohl jedermann einleuchten, daß vermögende Kreise, die in der Lage sind, Landhäuser zu bauen, keine Plätze wählen, wo ein freies Baderleben nicht zur Geltung kommen kann. Es ist ferner nachgewiesen, daß früher alljährlich eine große Zahl von Badegästen aus Mangel an Unterkunfts-möglichkeiten abgewiesen werden mußten, ein Beweis dafür, welche Anziehungskraft Teinach als Bader- und Luftkurort hatte.

Dem Gemeinderat aber ist zu empfehlen, daß er die Gefahr für Teinach erkenne, für eine Aenderung des gegenwärtigen Verhältnisses Sorge tragen und die Neubautätigkeit im Interesse des schönen Teinachtals mit voller Kraft fördern möge. —e—

**Pfannkuch & Co.**  
 Garantiert reines  
**Schweine-Schmalz**  
 amer. h.  
 95 Pfg.  
 deutsch raffiniert.  
**Schweine-Schmalz**  
 1<sup>18</sup> Mk.  
**Pfannkuch & Co.**  
 G. m. b. H.  
 an den besten Verkaufsstellen.

## Vergebung von Schotterbeifuhr.

Die Beifuhr des zur Bewalzung der unten aufgeführten Staatsstraßenstrecken erforderlichen Har schotters wird hiemit zur Verberbung ausgeben.

Straße	Lieferungsstrecke		Gegenstand der Verberbung
	von km bis km	Markungen	
Nr. 103 Calw Naaloid	1,700-3,619	Calw und Sonnenhardt	1125 t Porphyrschotter auf Bahnhof Calw einlaufend
"	3,740-6,206	Sonnenhardt u. Waldeck	1445 t Hornblendeschotter auf Bahnhof Teinach einlaufend
Nr. 127 Bahnhof Bad Teinach	0,000-0,400	Sonnenhardt	175 t Porphyrschotter auf Bahnhof Teinach einlaufend

Die Verbergungsbedingungen sind beim Straßen- und Wasserbauamt Calw aufgelegt, wo dieselben eingesehen werden können.  
 Von den Bewerber sind die Angebote mit einer Erklärung darüber, daß sie von den Verbergungsbedingungen Einsicht genommen haben, unterschrieben, verschlossen und mit der Ueberschrift „Angebot für Schotterbeifuhr“ versehen, spätestens am Dienstag, den 3. Februar 1925, mittags 12 Uhr, bei dem Straßen- und Wasserbauamt portofrei einzureichen. Die Bewerber oder ihre Bevollmächtigten können zu genannter Frist der Eröffnung der Angebote anwohnen. Auswahl unter den Bewerbern wird sich vorbehalten. Der Zuschlag erfolgt innerhalb 8 Tagen, bis dahin bleiben die Bewerber an ihre Angebote gebunden.  
 Calw, den 28. Januar 1925.

**Straßen- und Wasserbauamt.**

Ein ehrlicher Junge aus onständiger Familie, der das Bäckerhandwerk und Feinbäckerei erlernt, w. u. findet gute  
**Lehrstelle**  
 b. Eugen Kraft, Bäckerei, Pforzheim, Kaiser-Friedrichstr. 81.

**Frische Tafel-Butter**  
 per Pfund Mk. 2.00  
 Fr. Lamparter.

**Klopplamera**  
 13x18 „Sea Volta“ mit Novarastigmat 6,8. Brennweite 18 cm. 8 Metallkassetten zu verkaufen, fester Preis 30 Mk. Anzusehen nur heute Abend von 6-9 Uhr in der Wirtschaft von Schable, Badstraße.

## Wohnhaus-Verkauf.

**Wohnhaus**  
 mit 3 Zimmern, Küche, Stallung, Keller, freistehender W. rüstete mit keinem Garten.  
 Preis 4000 M. Anzahlung 1000-2000 M. Anwesen liegt an der Hauptstraße eines Badeorts Nähe Calw.  
 Angebote unter Nr. 100 zur Weiterberberbung an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Kaufmann

20 Jahre alt, mit guten Kenntnissen in Buchhaltung, Lohn und Steuerwesen sowie in allen sonstigen Büroarbeiten, sucht per 1. 4. 25 Stellung. Angebote unter F. 3. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Zur Haarpflege**  
 empfiehlt echtes  
**Birkenhaarwasser**  
 Carl Otto Vinçon.

**Reichert.**  
 Bozener Mäntel  
 Gummi-Mäntel  
 Pelerinen  
 Windjacken  
 Führt  
 Qualitätsware!

Freitag, 30. Jan. im Schnitzgebäude  
**Ev. Männer-Abend**  
 Vollzahl Erbeimen erbeten  
 Zu kommen gesucht  
 4-6  
 Leghühner  
 schwerer Rasse.  
 Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Pfannkuch & Co.**  
 Billige  
**Fette**  
**Rußbutter**  
 (Margarine)  
 Pfund 65 Pfg.  
**Rußschmalz**  
 reines streichbares  
 Pflanzenfett  
 Pfund 68 Pfg.  
**Rosofett**  
 1 Pfund-Tafel  
 65 Pfg.  
**Pfannkuch & Co.**  
 G. m. b. H.  
 an den besten Verkaufsstellen.

**Dixin** das dankbare Seifenpulver  
 ist sparsam im Gebrauch und billig.  
 ALLEINIGE HERSTELLER:  
**MENKEL & Co., DUSSELDORF.**



